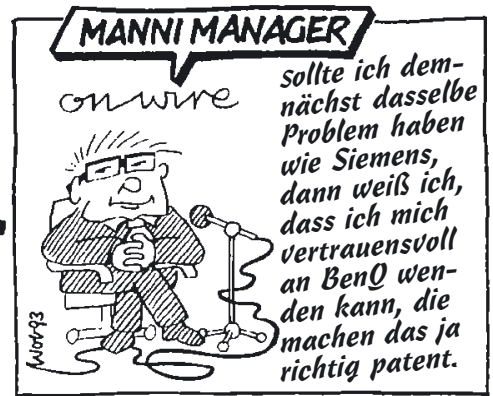


31.10.2006

AufDraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



NACH DEN DGB-DEMONSTRATION GEGEN SOZIALKAHLSCHLAG:

Wie geht es weiter?

Die Zustände haben sich nicht verbessert. Die Unverschämtheiten, die uns Regierung und Kapital täglich zumuten, nehmen weiter an Schärfe zu: sei es beim Gesundheitswesen, wo wir immer mehr zahlen müssen bei abnehmender Leistung; bei der Rente, für die wir immer länger arbeiten müssen bei zugleich immer geringeren Rentenzahlungen; bei drohender weiterer Kürzung des Arbeitslosengelds, beim verschlechterten Kündigungsschutz und bei steigender Erwerbslosigkeit usw.

220.000 Menschen haben am 21.10. auf den Großveranstaltungen des DGB dagegen demonstriert. Doch das war weniger als noch vor 2 Jahren, wo 500.000 auf der Straße waren gegen den Sozialkahlschlag. Denn nicht nur die Wut nimmt zu, sondern auch die Resignation. Die Resignation darüber, dass die Herrschenden machen, was sie wollen, dass wir nichts ändern können. Die Regierenden haben nur Hohn für unsern Protest übrig.

Zu dieser Resignation hat auch der DGB selbst beigetragen. Denn er hat im Vorfeld nicht deutlich genug gemacht, dass an den sog. Reformen nichts zu verbessern ist, sondern dass es nur ganz anders geht. Und er hat nicht klar gemacht, mit welchen Mitteln denn der Sozialabbau gestoppt werden kann. Ja es stimmt, es gibt Alternativen in diesem reichen Land, wo der Reichtum von einer kleinen Minderheit eingesteckt wird. Aber diese Alternativen

müssen wir uns erkämpfen, die bekommen wir nicht durch Bitten und Betteln und auch nicht durch massenhaftes Demonstrieren außerhalb der Arbeitszeit.

Die Mehrheit der Menschen in diesem Land lehnen den geplanten Gesundheitsfonds ab, der die Privatversicherungen ausklammert und uns neue Lasten aufbürdet. Die Mehrheit der Menschen in diesem Land halten es für idiotisch, das Rentenalter heraufzusetzen, wo Tausende Jugendliche keine Stelle finden und man über 55 kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat.

Es gibt noch viele Missstände – aber konzentrieren wir uns auf diese zwei!

Bereits vor den Großdemonstrationen hatte der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser angekündigt, bei den Aktionen am 21.10. werde es nicht bleiben. Nehmen wir ihn beim Wort. Lassen wir die

Fortsetzung auf Seite 2

In dieser Ausgabe:

Infineon: „Wir wollen kein Geld, sondern unsere Jobs“ 4

MAN: wer zahlt Samuelsen Zeche .. 4

Antifaschisten verurteilt - Verfahren gegen Kriegsverbrecher eingestellt, ein Blick hinter die Mühlen der Justiz 6

BENQ SKANDAL

Was sind Verträge mit dem Kapital wert?

■ Bekanntlich hat Siemens dem Fernostunternehmer BenQ die Handysparte überlassen, um das Drecks-geschäft der Arbeitsplatzvernichtung besorgen zu lassen. Insider nennen eine Summe von 1,2

Milliarden €, die Siemens als Abwrackprämie zugeschossen hat.

1.950 der 3.000 BenQ-Kollegen sollen auf die Straße fliegen, also zwei von drei,

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 1

NACH DEN DGB-DEMONSTRATION GEGEN SOZIALKAHLSCHLAG:

Wie geht es weiter?

Proteste nicht abreißen! Machen wir Betriebsversammlungen zu dem Thema, dehnen wir sie aus, länger als sonst üblich, protestieren wir während der Arbeitszeit. Am besten alle zusammen an einem gemeinsamen betrieblichen Aktionstag, wie es jetzt ver.di München vorschlägt. „Wenn in Deutschland der gesamte Zuwachs des Volkseinkommens in den Kassen der Unternehmer und Reichen landet, ist es sinn-

voll, den Verteilungskampf in deren Betriebe zu tragen“, erklärte der Münchner ver.di-Vorsitzende Harald Pürzel. Ver.di München hat bereits zu andern Großstädten wegen eines gemeinsamen Vorgehens Kontakt aufgenommen.

Wenn die Unternehmer dann sagen, das geht uns nichts an, wir sind der falsche Adressat, das hat im Betrieb nichts zu suchen, ist die Antwort leicht! Denn es sind vor allem die Forderungen der Unternehmer nach Senkung der sog. Lohnnebenkosten, die die Regierung zu dieser unsozialen Politik drängen.

Der Druck im Betrieb ist die einzige Sprache, die die Herrschenden verstehen.

Deshalb brauchen wir wie die Arbeiter und Angestellten fast aller europäischen Länder endlich wieder ein Recht auf den politischen Streik. Dass wir uns erfolgreich wehren können wie die Franzosen gegen Einschränkungen beim Kündigungsschutz, wie die Belgier oder die Griechen und Italiener bei Heraufsetzung des Rentenalters. Dass wir nicht mehr wie die Lämmer zur Schlachtbank geführt werden.

rem



Infineon-Kollegen zeigen auf der Demonstration am 21.10., wo es langgeht: „Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit beginnt in den Betrieben!“.

Beschluss der Bezirksfachbereichsversammlung des Fachbereichs 8 von verdi München am 7.10.06: **Für ein allumfassendes Streikrecht!**

Angesichts des massiven Abbaus sozialer und demokratischer Rechte darf das Streikrecht nicht länger auf tariffähige Ziele begrenzt bleiben. Wir fordern den verdi-Bundesvorstand auf, sich für ein allumfassendes Streikrecht nach den Maßgaben der Europäischen Sozialcharta, einschließlich des politischen Streiks und des Generalstreiks, einzusetzen, die Gewerkschaftsmitglieder über seine Notwendigkeit zu informieren und für Aktivitäten zu mobilisieren.

Begründung:

Die Angriffe der Unternehmer auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sind so schwer und tiefgreifend, dass sie nur bei gemeinsamer Gegenwehr aller Gewerkschaften zusammen verteidigt werden können. Nur durch Streik kann der Abbau unserer demokratischen und sozialen Rechte weiter verhindert werden. So begrüßenswert der Aufruf zu den Protestaktionen am 21.10. auch ist, sie werden nur zum Erfolg führen, wenn sie in den Betrieben fortgesetzt werden, während der Arbeitszeit. In diesem Sinne äußerten sich auch die verdi-Vertreter auf einer Funktionärskonferenz der Region Stuttgart.

Außer in Deutschland ist der politische Streik in Europa nur noch in Großbritannien und Dänemark verboten. Nach Meinung des Sachverständigenausschusses für die Kontrolle der Einhaltung der Europäischen Sozialcharta verstößt das deutsche Arbeitskampfrecht mit seiner Begrenzung auf tariflich regelbare Ziele sowie das gewerkschaftliche Streikmonopol gegen die Sozialcharta. Das Ministerkomitee des Europarates erteilte dementsprechend im Februar 1998 der Bundesrepublik die „Empfehlung“, die Ergebnisse des Expertenausschusses zu berücksichtigen. Geschehen ist bis heute nichts.

Die gegen Streiks gerichteten Urteile des Bundesarbeitsgerichts u. a. verstoßen also mehrheitlich gegen die Bestimmungen der Europäischen Sozialcharta (ESC). In der Ziffer 4 des Artikels 6 heißt es dort in allgemeiner Form, dass „das Recht der Arbeitnehmer...auf kollektive Maßnahmen einschließlich des Streikrechts im Falle von Interessenkonflikten...“ garantiert ist.

Daraus leitet der für die Überwachung der Einhaltung der ESC zuständige Sachverständigenausschuss des Europarates die Zulässigkeit von Solidaritätsstreiks und auch von Arbeitsniederlegungen, die nicht von der Gewerkschaft getragen werden, ab.

Die Bundesregierung wird uns auch weiterhin nicht den Gefallen tun, das deutsche Arbeitsrecht in diesem Sinne zu ändern, wenn wir uns nicht dafür einsetzen. Rechte bekommt man, indem man sie sich nimmt, konstatierte der ehemalige Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche.



6.10.06, Wittelsbacher Platz, BenQ-Kollegen demonstrieren vor der Siemens-Zentrale

21.10.06, Schwanthaler Straße: Die DKP fordert: „Wer entlässt, gehört enteignet!“



Fortsetzung von Seite 1

BENQ SKANDAL

Was sind Verträge mit dem Kapital wert?

das verkündete nun der Insolvenzverwalter. In München sind das 850; 1.150 Kollegen sind in Kamp Lintfort betroffen.

Dabei hatten gerade die Kollegen in NRW auf bis zu 30 Prozent Lohn verzichtet und 5 Stunden mehr gearbeitet, seit 2004 mit Siemens ein so genannter Ergänzungstarifvertrag abgeschlossen wurde. Er war bundesweit der erste nach dem Tarifabschluss, der diese Öffnung anbot.

Die Kollegen nahmen die Einbußen auf sich, wurde ihnen doch bis 2009 ein sicherer Arbeitsplatz zugesichert. Die Drohung war, die Arbeitsplätze würden nach Ungarn verlagert. Der Vertrag ist nun nicht das Papier wert, auf dem er steht.

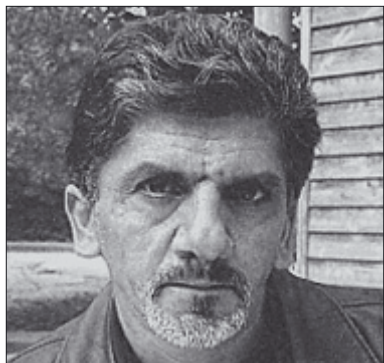
BenQ, ThyssenKrupp ...

Wie zum Hohn auf den Aktionstag des DGB wurde am 21.10. bekannt, dass ThyssenKrupp den „Beschäftigungspakt“ für das Lenkungswerk aufkündigt, weil Mercedes Benz den Abnahmevertrag nicht verlängert. (Wirtschaftswoche 21.10.06) 900 Kollegen sind hier betroffen.

Hunderte solcher Ergänzungstarifverträge wurden seit 2004 abgeschlossen. Siemens hat in Kamp Lintfort den Damm des Flächentarifs eingerissen. Nun werden die Verträge zerrissen, ein weiterer Dammbruch droht. Damit das Beispiel keine Schule macht, wie das ThyssenKrupp vermuten lässt, muss es jetzt heißen: Kampf um jeden Arbeitsplatz! *krrn*



**Die DKP im Internet:
www: dkp-muenchen.de**



Auch ein Jahr nach dem Streik bei Infineon in München kämpfen Arbeiter für ihre Weiterbeschäftigung. Ein Gespräch mit Sezer Subatli.

Sezer Subatli arbeitet seit 25 Jahren als Anlagenbediener beim Chip-Hersteller Infineon in München-Neuperlach. Er ist Ersatzbetriebsrat und gehörte während des Streiks im Oktober 2005 der IG-Metall-Tarifkommission an.

Das Interview führte Nick Brauns für die Junge Welt, veröffentlicht am 16. Oktober.

Im Februar 2005 gab das Infineon-Management die geplante Schließung seines ältesten Werkes in München-Neuperlach bekannt. Die rund 800 betroffenen Arbeiter, von denen viele seit über 20 Jahren dem Betrieb angehören, wehrten sich gegen den Schließungsbeschluss zuerst mit mehreren Warnstreiks und schließlich mit der vollständigen Produktionsstilllegung und Besetzung der Werkstore. Doch die IG-Metall-Tarifkommission stimmte schließlich der Werkschließung für einen Sozialplan mit entsprechenden Abfindungen zu. Was ist seitdem geschehen?

Am 17. Juli 2006 haben wir unsere Kündigungen erhalten. Darin heißt es, daß der Standort Neuperlach geschlossen würde. Der Betriebsrat hat sich die einzelnen Kündigungen angehört, ohne zu widersprechen. Etwa 400 Mitarbeiter sind daraufhin

»Wir wollen kein Geld, sondern unsere Jobs«

in eine Transfergesellschaft übergetreten. 200 weitere Kollegen wurden firmenintern versetzt oder haben einen anderen Arbeitsplatz gefunden und rund 60 Kollegen haben einen Altersteilzeitvertrag unterzeichnet. Einige warten noch ab. 60 Mitarbeiter haben sich geweigert, ihre Kündigung zu unterschreiben und sind vor das Arbeitsgericht gezogen.

Wir haben nichts mehr zu verlieren, das Ergebnis des Sozialplans haben wir in der Tasche. Aber wir wollen kein Geld, sondern unsere Jobs. Wir wollen Weiterbeschäftigung. Dafür werden wir kämpfen, bis nichts mehr geht.

Haben Sie Chancen vor Gericht?

Mit einem Ergebnis der Verhandlungen rechnen wir Anfang nächsten Jahres. Wir haben dabei ganz gute Karten gegenüber dem Arbeitgeber, weil wir eine Möglichkeit sehen, doch noch in München weiterbeschäftigt zu werden.

Wie wäre denn eine Weiterbeschäftigung möglich?

In der Öffentlichkeit und in den Medien hieß es, der ganze Standort würde geschlossen, aber das ist falsch. Nur die Produktionsstätte Halle 84 wird stillgelegt, aber auf dem Gelände gibt es noch einen zu Infineon gehörenden Betrieb »Technischer Service« mit 250 Beschäftigten. Außerdem gibt es in Neubiberg bei München noch eine kleine Forschungsstätte von Infineon. Viele der 60 Kollegen, die vor Gericht gegangen sind, haben eine Chance, dort weiterbeschäftigt zu werden.

Sind denn diese Betriebe nicht personell ausgelastet?

Nach unseren Informationen arbeiten beim Technischen Service 30 Leihkräfte. Ich habe nichts gegen diese Kollegen von Leihfirmen, aber ihre Beschäftigung geht auf Kosten von Arbeitsplätzen für das Stammpersonal.

Haben Sie noch Unterstützung durch die Gewerkschaft?

In der IG Metall gibt es unterschiedliche Meinungen über die Erfolgsaussichten unseres weiteren Kampfes. Viele Kollegen haben sich an den DGB gewandt, damit die Kosten für das Arbeitsgerichtsverfahren übernommen werden, aber der DGB-Rechtssausschuß hat dies abgelehnt. So konnten nicht alle klagen.

Was raten Sie den von Werkschließung bedrohten Kollegen des Berliner Waschmaschinenherstellers BSH oder des Mobiltelefonherstellers BenQ? Lohnt es sich zu kämpfen?

Streik lohnt sich immer. Aber wir müssen ihnen unsere Erfahrungen vermitteln. Sie sollen nicht unsere Fehler machen, sondern wirklich für ihre Arbeitsplätze kämpfen.



Heuern und Feuern: sie werfen bei Infineon Kollegen raus und suchen gleichzeitig Leiharbeitskräfte

MAN NUTZFAHRZEUGE:

Wer zahlt die Zeche?

10 Milliarden € ist Scania dem MAN-Boss Samuelsson wert. Woher kommt die Kohle, wo wir doch die letzten Monate immer nur hören konnten, dass MAN nicht konkurrenzfähig ist, dass andere günstiger produzieren würden, dass wir deshalb mehr Stunden arbeiten sollen und auf Lohn verzichten. 10 Milliarden €, um mit dem Kauf von Scania DaimlerCh-

rysler als westeuropäische Nummer 1 abzulösen. Klar, dass da auch bei anderen Kapitalisten Begehrlichkeiten geweckt werden. So legt VW eben mal 1,5 Milliarden € auf den Tisch, um gute 15 Prozent MAN-Aktien zu erwerben.

Mit 10 Milliarden € könnten die nächs-
Fortsetzung auf Seite 5

AufDraht

Herausgeber:
DKP München und
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung
München

Verantw. i. Sinne des Pressegesetzes:
Hans Koller, Lohringer Str. 6,
81667 München, Telefon 44 8 2 2 7 1
Druck: Eigendruck im Selbstverlag
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

Fortsetzung von Seite 4

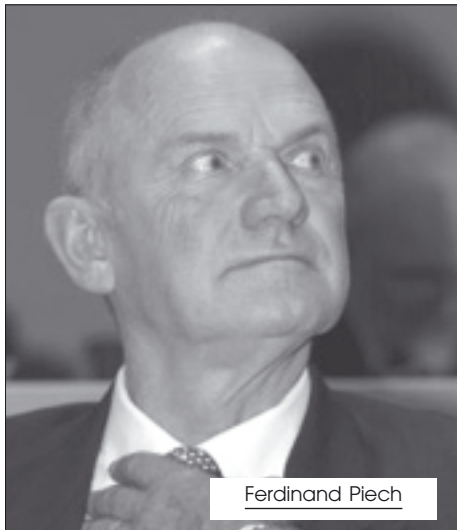
MAN NUTZFAHRZEUGE:

Wer zahlt die Zeche?

ten 50 Jahre 4.000 Kollegen mit einem jährlichen Bruttogehalt von 50.000 € beschäftigt werden. Doch wie wird es kommen? Es werden wohl, wie der Konzernbetriebsratsvorsitzende Pohlmann meint, 50.000 Kollegen weniger (in den 3 Unternehmen MAN, Scania und VW) diese gewaltigen Geldberge reinarbeiten müssen. Der Rationalisierungsdruck auf uns wird zunehmen. Wer zahlt die Zeche? Wir.

Bei VW, dessen Vorstand so gerne die „industrielle Führerschaft“ für diese Allianz übernehmen will, müssen die Kollegen bereits 4 Stunden pro Woche umsonst länger arbeiten. Und dies mit Zustimmung der zuständigen IGM-Organisationseinheit. Was auf uns zukommt, wissen wir noch nicht. Aber eines muss klar sein. Ein Ausspielen der Belegschaften darf es nicht geben. Die Münchner IG Metall ist gefordert, schnellsten eine internationale Konferenz der betroffenen Belegschaften (also MAN, Scania und VW) einzuberufen, um bereits jetzt notwendige Abwehrkämpfe zu organisieren. rw

Sie drehen am großen Rad bei MAN:



Ferdinand Piech



Bernd Pischetsrieder

ZU DEN STREIKS BEI DER BAHN:**Endstation
Abstellgleis?**

„Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ So heißt es in einem alten Arbeiterlied – und diese unsere Kraft konnte man bei den Streiks der Bahnkollegen in den letzten Wochen spüren.

Um was ging und geht es. Die Bahn soll privatisiert und an die Börse gebracht werden. So wollen es Politik und an fetten Profiten interessierte Investorenkreise. So wollen es, leider auch, verschiedene Interessenvertretungen der Bahnbeschäftigten wie die DGB-Gewerkschaft Transnet oder aber die ständische Berufsvertretung der Lokomotivführer GdL. Bis jetzt ist der Börsengang noch nicht fix, weil verschiedene Interessengruppen um die Form der Privatisierung („mit oder ohne Netz?“) kappeln, jeder will sich sein Stück vom Kuchen sichern.

So fordert eine Lobbygruppe um den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dass das Schienennetz weiterhin in Bundesbesitz bleibt, während alles andere in Privathand kommen soll. Damit solle der Monopolist Deutsche Bahn gezwungen werden, so die PR-Strategen, nicht mehr den Wettbewerb zu hemmen. Gewünschter Nebeneffekt: der Steuerzahler hält das Netz in Schuss, die Bahneigner machen die Profite.

DB-Chef Mehdorn will den „integrierten Börsengang“, also auch den Netzbetrieb und somit die gesamte Bahn AG an die Börse bringen. 49 Prozent der auszubehaltenden Aktien sollen an Investmentfonds in den USA und Asien gehen, deren Interessen wohl eher den wertvollen Bahngrundstücken in besten City-Lagen gelten als einer umweltfreundlichen und sicheren Eisenbahn für die Bürger.

Transnet und GdL lassen sich vor die verschiedenen Züge spannen. Die DGB-Transnet unterstützt Mehdorn, weil bei einer Auflösung des DB-Konzerns 50.000 Arbeitsplätze verloren gingen. Die berufsständische Vertretung GdL hält dies für „Schüren von Ängsten“, denn „Lokomotivführer braucht man immer“. Dabei übersieht sie, dass bei einem Auftragsverlust für die DB AG an ein Konkurrenzunternehmen die Hälfte der bisherigen Stellen verloren geht und die Arbeitsbedingungen meist schlechter sind. Und sie erweist auch ihrer eigenen Mitgliedergruppe einen Bärendienst. Leiharbeitsfirmen für die Ver-



mittlung von Lokführern sind mittlerweile eine Wachstumsbranche.

Nichts gelernt

Beide Beschäftigtenvertretungen blenden die Wirklichkeit aus. Ein Blick nach England und die dort erfolgte Privatisierung der British Rail sollte doch Lehrbeispiel genug sein. Ein weiterer Blick in das Emsland zeigt die Zukunft einer Privatisierung. 23 Tote beim Transrapid-Unglück, weil der Unternehmensvorstand von den Kollegen geforderte Sicherheitsmaßnahmen nicht finanzieren wollte und so nicht umsetzte. (siehe auch nachfolgenden Artikel auf Seite 6)

Mit den Streiks wollte die Transnet Arbeitsplatzgarantien durch den DB-Vorstand erzwingen. Wie naiv! Was Arbeitsplatzgarantien wert sind, können tausende Kollegen quer durch alle Branchen mittlerweile erzählen. Was Privatisierung bedeutet, können die Kollegen der Post berichten. Es ist der Arbeitsplatzabbau zu Gunsten fetter Profite.

Die Privatisierung der Bahn führt für Beschäftigte und auch Kunden geradewegs auf's Abstellgleis. Noch sind die Weichen nicht gestellt, der Beschluss durch den Bundestag nicht gefasst. Noch ist es Zeit, die Weichen anders zu stellen. Dazu bedarf es deines „starken Arms“. rw



TRANSRAPID:

Ein tödlicher Irrweg

Dreiundzwanzig Menschen starben bei dem Transrapid-Unfall im September. Nun sind die Kollegen des Leitstandes angeklagt. Schuldlos sollen die sein, die in verworrenen Beteiligungsverhältnissen die Teststrecke betreiben?

Der Transrapid ist ein altes System. Schon 1937 wurde das „Deutsche Reichspatent“ angemeldet und seit etwa 1970 wird erprobt. Doch die angestrebte Geschwindigkeit („zwischen Bahn und Flugzeug“ - Eigenwerbung der Betreiber) von 500 km/h wird teuer erkauft durch aufwändige Trassenbauten. Das herkömmliche Rad-Schiene-System liegt bereits über 400 km/h, der derzeitigen Betriebsgeschwindigkeit des Transrapid. Der Triebwagen des japanischen Shinkansen erreichte in Testläufen bereits 443 km/h. Dieser Hochgeschwindigkeitszug fährt seit 1964 unfallfrei, derzeit mit 285 km/h Spitze.

Der Transrapid scheint ein Irrweg der Transporttechnik zu sein, ähnlich dem Zeppelin der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Denn zur Güterbeförderung ist die verwendete Technologie zu schwach. Im Personennahverkehr ist er nicht vernünftig einsetzbar – auch wenn Stoiber damit Modernität beweisen will (siehe Kasten). Ein Zug verbraucht übrigens drei Mal soviel Energie wie ein S-Bahnzug gleicher Kapazität.

Siemens, Thyssen-Krupp und die mit ihnen verflochtene „IABG“ als Betreibergesellschaft wurden bisher mit 1,75 Milliarden € unterstützt, um die „Magnetschwebetechnik“ entwickeln und vermarkten zu können. Doch die Sicherheit wurde dabei sträflich vernachlässigt. Die altbewährte Blocksicherung, wie sie bei der Bahn üblich ist, hätte (automatisch!) das grauenhafte Unglück vermieden: Ein Zug kann

in einen Blockabschnitt erst einfahren, wenn alle Achsen des vorhergehenden Zuges diesen verlassen haben. Jeder Modelleisenbahner weiß, wie Achsenzähler funktionieren.

Nun mag jemand einwenden, auch bei der Bahn gibt es Unfälle. Und von den Transrapid-Kapitalisten wird vorgeschoben, dass der Mensch versagt habe, nicht das System. Aber wie bei der ICE-Katastrophe 1998 war es knallharte Kostenrechnung, die die Sicherheitsfrage hinten stellte. Erinnern wir uns. Um die teureren, luftgefederten Fahrgestelle einzusparen, wurden Gummieinlagen in die Radreifen des ICE eingebaut. Ein solcher war am Ende seiner Laufzeit gerissen, 111 Menschen mussten sterben. Sparwut also, und das in doppelter Hinsicht, denn statt Ultraschallverfahren anzuwenden, wurden die Radreifen nur visuell überprüft.

Systemfehler

Was ist es anderes als von Profitsucht getriebene Sparwut, wenn sich bei den Transrapid-Ermittlungen herausstellt, dass der Funksprechverkehr auf veralteten „MusicCassetten“ aufgezeichnet wurde, die zu zerbröseln drohten? (SZ 5.10.06) Und wenn bekannt wird, dass bereits 2004 ein Inspektionsfahrzeug auf einen Werkstattwagen geknallt war. Die Beschäftigten hatten damals schon eine Überprüfung der Sicherheitseinrichtungen gefordert, es wurde aber nichts geändert.

Ein US-Jurist, der Angehörige der US-Amerikaner unter den Unfallopfern vertritt, macht Siemens direkt verantwortlich für den Unfall. (SZ 7./8.10.06) Aber die Schuldigen sind ja schon gefunden. Was schon jetzt festzustellen ist: der Fehler liegt im - diesmal tödlichen - Profitsystem. Die Profitgier von Siemens, Krupp u. Co. kostet nicht nur Arbeitsplätze, sondern diesmal auch Menschenleben. *krm*

AufDraht-Quiz

Wer forderte zuerst den Transrapid von Bad Tölz nach Wolfratshausen?

- A) Heinrich von Pierer, ARV Siemens
- B) Vicco von Bülow, Schriftsteller
- C) Edmund Stoiber, Wolfratshausener
- D) Hartmut Mehdorn, Bahnboss

Auflösung auf Seite 7

Alles klar?



„Wenn Sie, äh – vom Hauptbahnhof in München, mit zehn Minuten, ohne dass Sie am Flughafen einchecken müssen, dann starten Sie im Grunde genommen am Flughafen, am ... am Hauptbahnhof starten Sie Ihren Flug. (...) Das bedeutet natürlich, dass der Hauptbahnhof, im Grunde genommen näher an Bayern, an die bayerischen Städte heranwächst, weil das ja klar ist.“

O-Ton Ministerpräsident Stoiber, 2003



Der japanische Shinkansen, modernste Technik und komfortabel für die Fahrgäste



Antifaschisten verurteilt - Verfahren gegen Kriegsverbrecher eingestellt

Wie wird doch von offizieller Seite immer wieder betont, dass man strikt gegen Rechtradikale sei! Gerade wieder anlässlich der Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern runzelten die Herrschaften besorgt ihre Stirn, ob der Wahlerfolge der NPD. Die Bevölkerung wird aufgerufen, Zivilcourage zu zeigen. Ab und zu lässt sich auch ein CDU- oder CSU-Politiker auf einer Kundgebung gegen rechts sehen und probt den Aufstand der Anständigen. Gleichzeitig sieht man sich nicht in der Lage, faschistische Organisationen wie die NPD zu verbieten. Man lässt sie durch die Straßen ziehen, die Polizei prügelt ihnen notfalls auch den Weg frei. Dafür werden Demokraten verurteilt und gegen die Faschisten gerichtete Symbole verboten, wie jüngst wieder vom Landgericht Stuttgart. Dort wurde ein Versandhändler verurteilt, der T-Shirts und Anstecker verkauft, die ein durchgestrichenes Hakenkreuz oder ein Hakenkreuz, das von einer Faust zerschlagen wird, zeigen. Die Begründung: Verbreitung von verfassungswidrigen Symbolen. Schließlich sei

auf diesen Logos das Hakenkreuz zu sehen. Und wenn diese, ganz offensichtlich gegen das Hakenkreuz und den es symbolisierenden deutschen Faschismus gerichteten Logos, massenweise vertrieben würden, könnte ein „Gewöhnungseffekt“ an das Hakenkreuz eintreten (Süddeutsche Zeitung vom 30.9./1.10.06). So spitzfindig können deutsche Juristen sein, wenn sie tatsächlich etwas verurteilen wollen. An anderer Stelle wollen sie das eben nicht, wie folgendes Beispiel zeigt.

Die Staatsanwaltschaft München I hat ein Verfahren gegen einen früheren Leutnant der Wehrmacht eingestellt. Dieser Mann hatte am 24. September 1943 auf Kephallonia den Befehl gegeben, einen italienischen General und mindestens 12 seiner Offiziere zu erschießen. Das italienische Heer kämpfte damals bereits gegen den deutschen Faschismus, nachdem der mit dem Hitler-Faschismus verbündete Mussolini entmachteter worden war und Italien mit den Alliierten einen Waffenstillstand geschlossen hatte. Auf der griechischen Insel Kephallonia gerieten daraufhin Tausende italienische Soldaten in deutsche Gefangenschaft und wurden von Gebirgsjägern erschossen. Das alles bestreitet die Münchner Staatsanwaltschaft auch nicht. Doch die Tat sei verjährt. Der Leutnant habe nicht aus „niedrigen Beweggründen“ gehandelt, sondern einen Führerbefehl befolgt. Der Gehorsam gegenüber einem, wenn auch verbrecherischen, Befehl, sei für sich allein aber „nicht ohne weiteres in höchstem Maße verächtlich“ (SZ 4.10.06). Welcher Geist da in der Münchner Staats-

anwaltschaft herrscht, zeigt eine weitere Passage des Einstellungsbeschlusses, über den sich die italienische Öffentlichkeit besonders empörte. Dort werden nämlich die Italiener als Verräter bezeichnet und mit Deserteure verglichen.

Verräter und Deserteure diejenigen, die damals aufhörten mit den deutschen Faschisten die Welt zu überfallen und begannen, gegen sie zu kämpfen – und Verurteilungen derjenigen, die sich heute gegen Faschisten stellen. Die NPD und andere fa-

schistische Organisationen sind ganz offensichtlich nur die Spitze des Eisberges, der uns da bedroht. *gr*



Jürgen Kamm, der verurteilte Geschäftsführer des „nix-gut-Versandes“ aus Winnenden in Baden-Württemberg



Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer trug auf der Demonstration am 21. Oktober aus Solidarität mit dem Angeklagten den inkriminierten Button.



AufDrähl-Quiz

Auflösung:

Es war der Schriftsteller und Satiriker Vicco von Bülow alias Loriot am 26. April 1996 in Benediktbeuern.



Offensichtlich ein altes Problem

Ein Mann, der eine ganze Masse
Gezahlt hat an die Krankenkasse,
Schickt jetzt die nötigen Papiere,
Damit sie nun auch tun das Ihre.
Jedoch er kriegt nach längerer Zeit
Statt baren Gelds nur den Bescheid,
Nach Paragraphenziffer X
Bekomme er vorerst noch nix,
Weil, siehe Ziffer Y,
Man dies und das gestrichen schon,
Sodass er nichts, laut Ziffer Z,
beanzusprechen weiter hätt.
Hingegen heiß't nach Ziffer A,
Dass er vermutlich übersah,
Dass alle Kassen, selbst in Nöten,
Den Beitrag leider stark erhöhten,
Und dass man sich
mit gleichem Schreiben
gezwungen seh, ihn einzutreiben.
Besagter Mann denkt,
krankenkässlich,
In Zukunft ausgesprochen hässlich.

Eugen Roth, 1935



Das war der 21. Oktober 2006

